

scher Entscheid des Sicherheitsausschusses des Bundesrates benötigt. Diese Situation ist also gesichert.

3. Worauf stützt sich die Bundespolizei rechtlich ab? Die Bundespolizei ist gestützt auf Artikel 13 des Bundesgesetzes über Massnahmen zur Wahrung der inneren Sicherheit befugt, die entsprechenden Daten entgegenzunehmen. Der Nachrichtendienst ist nach dem Bundesgesetz sogar verpflichtet, Informationen über konkrete Gefährdungen der Sicherheit der Schweiz der Bundespolizei zu melden. Der Informationshaushalt wird zudem durch die Verordnung und die Weisungen des Vorstehers des VBS und der Vorsteherin des EJPD im Einzelnen geregelt.

Zurück zu Satos 3: Dieses System – bevor Sie weitere Fragen stellen, Herr Günter – liefert Nachrichten zum Lagebild Schweiz und ist ein unerlässliches – ich betone das –, modernes, legales Nachrichtenbeschaffungsmittel. Dieses System wird im Auftrag der politischen Führung eingesetzt und liefert ihr auftragsbezogene Informationen.

Wie Herr Ohrli beim Eintreten zu Recht gesagt hat, wird das System von Seiten des Parlamentes – nämlich durch die Geschäftsprüfungsdelegation, die Sie als Folge der PUK EMD beschlossen haben – überprüft, d. h. mittels eines Überprüfungsszenarios regelmässig kontrolliert. Das Projekt wird über den ordentlichen Rüstungsablauf mit transparenten Ausbausritten beschafft.

In der Immobilienbotschaft Militär 2000 handelt es sich um einen Betrag von 13,6 Millionen Franken für dieses Projekt. Die Systemkosten werden in den PEB- und AEB-Positionen klar und transparent unter der Bezeichnung Satos 3 respektive Onyx ausgewiesen. Satos 3 war das bisherige Prototyp- und Versuchssystem. Das echte Produktionssystem erscheint unter dem Namen Onyx; das hat man alles kommuniziert, auch in der Finanzkommission.

Ab Mitte 2000 wird der Betrieb aufgenommen, und in den Folgejahren wird die volle Leistungsfähigkeit gestaffelt erreicht. Eine Neuorientierung des strategischen Nachrichtendienstes steht in keinem Zusammenhang mit dem ausgewiesenen Bedarf an moderner Technologie für– ich betone es noch einmal – die politische Führung. Somit ist Satos 3 auch dann ein unersetzliches Mittel, wenn die Verantwortung über den strategischen Nachrichtendienst künftig nicht mehr im VBS angesiedelt sein sollte.

Eine Verschiebung des Projektes brächte somit nur Nachteile mit sich und ist sachlich nicht angezeigt. Eine Streichung bringt einen finanziellen Schaden in der Grössenordnung von 20 Millionen Franken. Die im internationalen Vergleich schlechte Nachrichtenlage der Schweiz würde dadurch noch ungünstiger. Wir hätten keine Möglichkeit mehr, wichtige Nachrichtenquellen legal und unabhängig auszuschöpfen. Der Einsatz von elektronischen Aufklärungsmitteln für die Bedürfnisse der Landesregierung – kurz Onyx – ist notwendig, legal und durch die politische Behörde angeordnet und kontrolliert. Das VBS – mein Departement – hat zugunsten der politischen Führung die dafür notwendigen technischen Mittel bereitzustellen und den auftragsbezogenen Betrieb auszuüben.

Der Bundesrat ist von der Bedeutung dieses Projektes überzeugt, und er empfiehlt Ihnen deshalb den Schritt zu einem in sehr vielen Staaten eingesetzten Mittel für die strategische Nachrichtenbeschaffung zu tun.

Ich bitte Sie deshalb, die Anträge der Minderheit I (Günter) und der Minderheit II (Günter) abzulehnen.

Günter Paul (S, BE): Herr Bundesrat, ich danke Ihnen für Ihre Ausführungen. Ich habe nur eine kleine Frage: Was heisst «Satos»? Ist das die Übersetzung von «Swiss All Transmission Overhearing System», oder bedeutet es «Schweizerisches Abhörsystem zur elektronischen Überwachung eingehender Daten»? Oder was heisst «Satos» sonst?

de Dardel Jean-Nils (S, GE): Monsieur le Conseiller fédéral, supposons qu'il y ait une conversation téléphonique transmise par satellite entre une personne en Suisse et une

autre en Lybie. Est-ce que SATOS peut écouter valablement, légalement cette conversation?

Ogi Adolf, Bundesrat: Sehr geehrter Herr de Dardel, ich glaubte, ich hätte diese Frage beantwortet. Wenn eine Kommunikation aus Libyen über Satellit erfolgte, dann wäre sie abhörbar. Die Frage von Herrn Günter kann ich heute nicht beantworten. Ich glaubte, «Satos» sei einfach ein Projektname. Aber ich werde Ihnen dies noch schriftlich mitteilen.

Präsident (Seiler Hanspeter, Präsident): Herr Günter, die Frage wird Ihnen noch schriftlich beantwortet. Sie können damit Ihr Lexikon um den Begriff «Satos» erweitern.

Erste Abstimmung – Premier vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 99.065/62)

Für den Antrag der Mehrheit 108 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit I 58 Stimmen

Zweite Abstimmung – Deuxième vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 99.065/63)

Für den Antrag der Mehrheit 109 Stimmen

Für den Antrag der Minderheit II 58 Stimmen

Präsident (Seiler Hanspeter, Präsident): Die beiden Abstimmungen gelten auch für den Anhang.

Ausgabenbremse – Frein aux dépenses

Abstimmung – Vote

Für Annahme der Ausgabe 111 Stimmen

Dagegen 58 Stimmen

Das qualifizierte Mehr ist erreicht

La majorité qualifiée est acquise

Art. 3, 4

Antrag der Kommission

Zustimmung zum Beschluss des Ständerates

Proposition de la commission

Adhérer à la décision du Conseil des Etats

Angenommen – Adopté

Gesamtabstimmung – Vote sur l'ensemble

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 99.065/64)

Für Annahme des Entwurfes 111 Stimmen

Dagegen 52 Stimmen

An den Bundesrat – Au Conseil fédéral

99.3411

Motion grüne Fraktion.

Abschaffung

des Nachrichtendienstes

Motion groupe écologiste.

Suppression

des services secrets

Einreichungsdatum 31.08.99

Date de dépôt 31.08.99

Teuscher Franziska (G, BE): Die grüne Fraktion hat die Motion zur Abschaffung des Nachrichtendienstes im letzten August eingereicht, als der Fall Bellasi Schlagzeilen machte. Seit unserer Debatte im letzten August über Bellasi hier im Rat ist einiges passiert: Dino Bellasi hat die Beschuldigung

gen gegen seine Vorgesetzten widerrufen, und Peter Regli wurde in einer nicht sehr umfassenden Untersuchung rein-gewaschen. Die Voraussetzungen scheinen also günstig, um den Fall Bellasi ad acta zu legen. Die grüne Fraktion sieht dies anders: Der Fall Bellasi war für uns – unabhängig von seinem Ausgang – wieder einmal Anlass, grundsätzlich über den Nachrichtendienst nachzudenken. Der Fall Bellasi war die Bestätigung unserer These: Der Nachrichtendienst muss ersatzlos aufgelöst werden. Der Nachrichtendienst ist eine Blackbox, für welche es in einem demokratischen Staat keinen Platz hat. Verschiedene Skandale verdeutlichen, dass der Nachrichtendienst nicht genügend kontrolliert wurde und auch nicht genügend zu kontrollieren ist. Beispielsweise gehört der Pilotenaustausch mit dem Apartheid-regime von Südafrika dazu; Bundesrat Villiger hat dazumal als EMD-Vorsteher gesagt, dieser Pilotenaustausch sei der mangelhaften Sensibilität der Achtzigerjahre zuzuschreiben. Doch die Südafrika-Connections gingen in den Neunziger-jahren weiter. Ebenso ungeklärt für die Öffentlichkeit blieb die Uran-Affäre, bei der ein Waffenhändler und V-Mann des Nachrichtendienstes zehn Kilogramm Uran an einer Auto-bahnraststätte deponierte – was dem Chef des Nachrichten-dienstes bekannt war!

Eines steht fest: Dort, wo alles Handeln als geheim bezeich-net wird, liegt der Nährboden für Kriminalität. Die Grünen fordern daher die vollständige Abschaffung des Nachrichten-dienstes, denn der ganze Apparat ist politisch untragbar.

Die Antwort des Bundesrates auf unsere Motion ist inhaltlich dürftig ausgefallen. In fünf Punkten führt der Bundesrat nur altbekannte Dinge auf, die wenig mit dem Inhalt der Motion zu tun haben. Einzig am Schluss weist der Bundesrat darauf hin, dass der Nachrichtendienst aus demokratischer und staatspolitischer Sicht hoch sensibel sei und dass der Bun-desrat gedenke, seine Kontrollfunktion verstärkt wahrzuneh-men. Der Bundesrat ist aber der Meinung, dass er auf einen leistungsfähigen Nachrichtendienst angewiesen ist. Nur so könnten der Regierung die Grundlagen geliefert werden, die sie braucht, um umfassende Lagebeurteilungen vorzuneh-men.

Aber zur Beschaffung solcher Unterlagen ist ein geheimer Nachrichtendienst fehl am Platz. Diese Arbeit könnte zum Beispiel viel effizienter durch kompetente Fachleute gemacht werden, die in den Botschaften arbeiten. Gerade im Bereich der Wirtschaftskriminalität sind geheime Daten, wie sie vom Nachrichtendienst gesammelt werden, unbrauchbar, da sie nicht justiziabel sind. Die Qualität der Information des Nachrichtendienstes wird notwendigerweise unterschiedlich bleiben. Selbst ein grosser Geheimdienst, wie dies z. B. der deutsche Bundesnachrichtendienst mit seinen 6000 Bediensteten, einer Vielzahl von V-Leuten und einem ausgedehnten elektronischen Überwachungssystem ist, bringt nach Aussagen von deutschen Polizisten und Zoll-beamten sehr wenig verwertbare Information. Der deutsche Ex-Bundeskanzler Kohl bemerkte zu Recht, dass er aus der täglichen Lektüre der Zeitung mehr erfahre als aus den Nachrichten des Bundesnachrichtendienstes.

Bleibt zum Schluss – als letzter Rettungsversuch – noch die Idee, den Nachrichtendienst zu «zivilisieren» und ihn der Bundeskanzlei zu unterstellen. Doch das würde auch nichts bringen. Das Tätigkeitsfeld des Nachrichtendienstes würde noch ausgeweitet, die Arbeitsweise würde aber dieselbe bleiben. Heute gilt es, den geheimen Nachrichtendienst als Fremdkörper in unserer Demokratie abzuschaffen. Auf ge-heime Informationsbeschaffung kann getrost verzichtet wer-den. Deshalb verlangen wir die Abschaffung des Nachrich-tendienstes. Wir wollen nicht, dass geheim bleibt, wer welche Meinung dazu hat; deshalb verlangen wir die Abstim-mung unter Namensaufruf.

Ogi Adolf, Bundesrat: Ich möchte Ihnen lediglich mitteilen und klar sagen: Der strategische Nachrichtendienst ist keine Blackbox, wie das hier behauptet wurde. Die Abschaffung des Nachrichtendienstes kommt für den Bundesrat nicht in Frage. Die ersatzlose Auflösung des Nachrichtendienstes ist nicht zu verantworten. Der Bundesrat will und kann auf

einen leistungsfähigen Nachrichtendienst nicht verzichten. Es geht um wichtige Ereignisse, die früh erkannt werden müssen.

Ich bitte Sie, diese Motion abzulehnen.

Abstimmung – Vote

(namentlich – nominatif: Beilage – Annexe 99.3411/67)

Für Überweisung der Motion 36 Stimmen

Dagegen 83 Stimmen

97.3563

Interpellation grüne Fraktion.

1998. Keine Armeetage

Interpellation groupe écologiste.

1998. Pas de journées de l'armée

Diskussion – Discussion

Einreichungsdatum 02.12.97

Date de dépôt 02.12.97

Nationalrat/Conseil national 20.03.98

Hollenstein Pia (G, SG): Ich habe einige Ergänzungsfragen. Vorerst möchte ich für die Antworten danken, auch wenn auf meine konkreten Fragen teilweise nur sehr oberflächlich eingegangen wurde. Deshalb erlaube ich mir, einige Präzisierungen einzuholen.

Ich habe in der Frage 2 darauf hingewiesen, dass die sicherheitspolitische Strategie des Bundesrates laut dem Bericht 90 über die Sicherheitspolitik der Schweiz und dem Armeeleitbild 95 auch die Bereiche der Aussenwirtschaftspolitik, der Aussenpolitik usw. umfasst. In keinem anderen Bereich ist das PR-Engagement des Bundes aber so gross wie im Verteidigungsbereich. Weshalb, Herr Bundesrat, wird nur die Armee und nicht auch die schweizerische Aussenpolitik der Öffentlichkeit besser dargelegt? Es stellt sich tatsächlich die Frage, ob der Bundesrat der Darstellung der Armee einen viel höheren Stellenwert beimisst als der Informationspolitik über die Aktivitäten zum Beispiel in der Aussenwirtschaftspolitik. Wäre es nicht sinnvoller, Herr Bundesrat, den Stellenwert der Armee anders zu gewichten und die Informationspolitik auch vermehrt auf das zivile Engagement des Bundes zu konzentrieren? Ich stelle mir vor, dass sehr viele Leute in unserem Land eine Ahnung haben, was die Armee tut, aber nur sehr schlecht über die sicherheitspolitische Strategie in zivilen Bereichen informiert sind.

Auf die Frage 12 nach der Bereitschaft des Bundes, statt Armeetage «Uno-Tage» zu organisieren, ist der Bundesrat nicht eingegangen. Herr Bundesrat, darf ich nochmals fragen: Teilt der Bundesrat die Meinung, dass in der gegenwärtigen Positionierung der Schweiz in Europa und in der Welt statt Armeetage «Uno-Tage» ein zukunftsgerichteter Beitrag für unser Land und die internationale Friedenssicherung wären? Erachtet der Bundesrat «Uno-Tage» auch als unterstützungswürdig? Wäre der Bundesrat auch bereit, «Uno-Tage» finanziell zu unterstützen oder selber zu initiieren? Ich könnte mir vorstellen, dass dies ein sinnvolles «Projekt 2000» wäre.

Zu guter Letzt: Sind weitere Armeetage vorgesehen? Wenn ja, wann und wo?

Ogi Adolf, Bundesrat: 1. Die Armee muss und will sich von Zeit zu Zeit darstellen und will Leuten Freude bereiten. In Frauenfeld hat sie während zwei Tagen 130 000 Schweizerinnen und Schweizern, aber auch Ausländern viel Freude bereitet. Es war die Initiative der Armee, diese Armeetage durchzuführen.

Wenn die Aussenpolitik oder die Wirtschaftspolitik etwas Ähnliches machen wollen, haben sie überall – z. B. bei den grossen Messen, an der Muba oder beim Comptoir, viel-